

taxlex

Steuerrecht ■ Sozialversicherungs- und Arbeitsrecht
für die betriebliche Praxis

ZEITSCHRIFT FÜR
STEUER UND BERATUNG
FEBRUAR 2012

02

www.taxlex.at

41 – 76

Top Thema

Aufteilungs- und Abzugsverbot des § 20 EStG

Vorschau Heft 3:
Schwerpunkt
Umgründungen

Privatstiftungen
Stiftungsnaher Anteilsveräußerung

Gebühren & Verkehrsteuern
Klarstellungen zur Entstehung
der Gebührenschild bei Eingaben

Sozialversicherungsrecht für die betriebliche Praxis
Highlights zur Info des BMF
zur Kommunalsteuer

Infocenter WKO
Stelleninserate ohne Mindestentgelt strafbar

Schriftleitung:

Markus Achatz
Sabine Kirchmayr

Redaktion:

Dietmar Aigner
Gernot Aigner
Nikolaus Arnold
Heribert Bach
Felix Blazina
Andreas Damböck
Tina Ehrke-Rabel
Johann Fischerlehner
Friedrich Fraberger
Klaus Hirschler
Sabine Kanduth-Kristen
Georg Kofler
Roman Leitner
Roland Macho
Andreas Sauer
Niklas Schmidt
Friedrich Schrenk
Kurt Schweighart
Stefan Steiger
Gerhard Steiner
Johannes Stipsits
Marian Wakounig

WKO
WIRTSCHAFTSKAMMER ÖSTERREICH

Helwig Aubauer
Martina Rosenmayr-
Khoshideh
Günter Steinlechner



**FACHZEITSCHRIFT FÜR
STEUERRECHT, SOZIAL-
VERSICHERUNGS- UND
ARBEITSRECHT FÜR DIE
BETRIEBLICHE PRAXIS**
8. JG, Heft 02, Februar 2012

*Zitiervorschlag: taxlex 2012, Seite
Entscheidungen: taxlex 2012/
Entscheidungen, Seite*

HERAUSGEBER:
Manz'sche Verlags- und
Universitätsbuchhandlung GmbH

SCHRIFTFLEITUNG:
Univ.-Prof. Dr. Markus
ACHATZ, StB
Univ.-Prof. Dr. Sabine
KIRCHMAYR, StB

REDAKTIONSTEAM:
Univ.-Prof. Dr. Sabine
KANDUTH-KRISTEN,
LL. M., StB
Johannes Peter STIPSITS
Priv.-Doz. Dr. Dietmar AIGNER
Univ.-Ass. Dr. Gernot AIGNER, StB
Univ.-Prof. Dr. Klaus
HIRSCHLER, StB
Dr. Felix BLAZINA
Mag. Roland MACHO
HR Gerhard STEINER
HR DDr. Marian WAKOUNIG
Univ.-Prof. DDr. Georg KOFLER,
LL. M. (NYU)
Dr. Nikolaus ARNOLD, RA

Dr. Andreas DAMBÖCK, StB, WP
Mag. Andreas SAUER, StB, WP
Mag. Heribert BACH, StB, WP
Mag. Kurt SCHWEIGHART, StB, WP
Mag. Johann FISCHERLEHNER
Univ.-Prof. Dr. Tina
EHRKE-RABEL
Univ.-Prof. Dr. Friedrich
FRABERGER, LL. M., StB
Hon.-Prof. Dr. Roman LEITNER,
StB, WP
MMag. Dr. Niklas SCHMIDT,
RA, StB
Dr. Stefan STEIGER, StB
Mag. Friedrich SCHRENK

WKO:
MMag. Dr. Helwig AUBAUER
Dr. Martina ROSENMAYR-
KHOSHIDEH
Dr. Günter STEINLECHNER

EDITORIAL

Reform des Steuersystems durch Ökologisierung? Sabine Kirchmayr / Markus Achatz	41
Impressum	U3

STEUERKALENDER

März 2012	44
-----------	----

PRIVATSTIFTUNGEN

Stiftungsnaher Anteilsveräußerung: Keine Besteuerung nach fiktiven Sachverhalten Der VwGH widerlegt in einem Erkenntnis zur stiftungsnahen Anteilsveräußerung (VwGH 29. 9. 2010, 2005/13/0079) den vom UFS angenommenen Gestaltungsmissbrauch mit innentheoretischen Argumenten. Sabine Heidenbauer	45
---	----

BETRIEBSPRÜFUNG IN DER PRAXIS

Das Aufteilungs- und Abzugsverbot im EStG Aufwendungen mit einer privaten und einer betrieblichen bzw beruflichen Veranlassung, sog gemischte Aufwendungen, unterliegen einem Aufteilungsverbot und sind nicht abzugsfähig. Bei Reisen hat der VwGH die Aufteilung der Kosten unter der Voraussetzung zugelassen, dass die Reise einerseits durch die Einkünfteerzielung und andererseits privat veranlasste Zeiteile enthält und diese voneinander abgrenzbar sind. Franz Labner	50
---	----

EUROPA & STEUERN

EU Tax Update – Februar 2012 Hannes Gurtner / Ines Hofbauer-Steffel / Georg Kofler	54
---	----

STEUER-RADAR

Steuer-Radar Christian Huber / Peter Pichler	61
---	----

STEUERKARUSSELL

Christoph Urtz neuer Professor in Salzburg	63
--	----

VERKEHRSTEUERN & GEBÜHREN**Klarstellungen zur Entstehung der Gebührenschuld von Eingaben**

63

Die Gebührenpflicht einer Eingabe hat nach § 14 TP 6 GebG 1957 unter anderem zur Voraussetzung, dass die Eingabe im Privatinteresse des Einschreiters eingebracht wird. Die allfällige Gebührenschuld entsteht erst mit der Zustellung der das Verwaltungsverfahren in einer Instanz abschließenden Erledigung. Insbesondere diese Grundsätze sind den zur Vollziehung des Gebührengesetzes zunächst berufenen Verwaltungsbehörden offenkundig nicht immer geläufig.

Karl-Werner Fellner

SOZIALVERSICHERUNGSRECHT FÜR DIE BETRIEBLICHE PRAXIS**Highlights aus der Information zum Kommunalsteuergesetz**

65

Die Finanzverwaltung hat am 28. 12. 2011 eine aktualisierte Version der Information des Bundesministeriums für Finanzen zum Kommunalsteuergesetz 1993 (bisher: Information zum Kommunalsteuergesetz) veröffentlicht. Leider findet man auf der Homepage des BMF keine Versionsverwaltung. Der Artikel stellt nun die wesentlichen Änderungen bzw Neuerungen dar.

Stefan Steiger

ARBEITSRECHT FÜR DIE BETRIEBLICHE PRAXIS**Dienstzeugnis – ist weniger wirklich besser als mehr?**

69

Der Dienstgeber ist gem § 39 AngG dazu verpflichtet, dem Angestellten auf sein Verlangen hin ein Dienstzeugnis auszustellen. So simpel und klar diese gesetzliche Formulierung auch klingen mag, so oft ist sie auch Gegenstand gerichtlicher Auseinandersetzungen. Durch eine aktuelle Entscheidung des OGH betreffend das Ausstellungsdatum wird die Diskussion um eine Facette reicher.

Bernhard Geiger

LEGISLATIVE WKO**Freiwilligengesetz**

72

Eines der wesentlichen Ziele des „Europäischen Jahrs der Freiwilligentätigkeit 2011“ war die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für Freiwilligentätigkeiten. Die im Dezember 2011 im Ministerrat beschlossene Regierungsvorlage eines österreichischen Freiwilligengesetzes sieht daher die Absicherung des Freiwilligen Sozialjahrs, des Freiwilligen Umweltschutzjahrs, des Gedenkdienstes und des Friedens- und Sozialdienstes außerhalb des Zivildienstes vor. Weiters werden ein Freiwilligenrat und ein Anerkennungsfonds für Freiwilliges Engagement gesetzlich installiert. Das Gesetz soll am 1. 6. 2012 in Kraft treten.

Helwig Aubauer / Martina Rosenmayr-Khoshideh

INFOCENTER WKO**Vorsicht: Stelleninserate ohne Mindestentgelt seit 1. 1. 2012 strafbar!**

75

Seit 1. 3. 2011 müssen Firmen in Stelleninseraten Angaben zum Mindestentgelt machen. Tun sie das nicht, kann die Bezirksverwaltungsbehörde ab 1. 1. 2012 eine Verwaltungsstrafe bis zu € 360,- verhängen.

Sandra Huber

KURZ UND BÜNDIG**Das Wesentliche auf einen Blick**

76